

# **Seminar: Staatsschutzstrafrecht**

**Wintersemester 2024/25**

**Prof. Dr. Frank Meyer, LL.M. (Yale)**

Im Wintersemester 2024/2025 biete ich gemeinsam mit Vertretern des Generalbundesanwalts ein Seminar zum Staatsschutzstrafrecht an. Das Seminar widmet sich aktuellen Fragestellungen des Staatsschutzstrafrechts. Seit 9/11 wurde das Staatsschutzstrafrecht fortwährend sowohl materiell-rechtlich als auch prozessual ausgebaut. Neu auftretende Tätergruppen und Tatmedien erfordern nicht nur ständige Wachsamkeit der Sicherheitsbehörden, sondern auch eine Analyse, welche strafrechtlichen Mittel zu ihrer Bekämpfung zur Verfügung stehen oder zur Verfügung stehen sollten. Zuletzt haben die anlaufenden Reichsbürger-Prozesse und hybride Kriegsführung Russlands eine Diskussion darüber entfacht, ob Rechtsstaat und Demokratie besser geschützt werden müssen.

Neben den Tatbeständen des Staatsschutzstrafrechts und seiner Entwicklung werden während des Seminars daher auch neue Erscheinungsformen des politischen Extremismus und äußerer Gefahren daraufhin untersucht, ob legislativer Handlungsbedarf besteht. Im Verfahrensrecht werden die besonderen Herausforderungen und Eigenarten der Strafverfolgung behandelt und die Zusammenarbeit der Strafverfolgung mit anderen Sicherheitsbehörden diskutiert.

Das Seminar steht allen Studierenden offen. Es werden keine speziellen Vorkenntnisse erwartet. Es findet in zwei eintägigen Blöcken im Januar und Februar 2025 an der Universität Heidelberg und – vorbehaltlich weiterer Abklärungen – voraussichtlich auch in den Räumlichkeiten des GBA in Karlsruhe statt.

Anmeldungen sind bitte in Verbindung mit der Angabe von zwei Wunschthemen bis zum 31.8.2024 an das Sekretariat des Lehrstuhls Meyer ([sekretariat.meyer@jurs.uni-heidelberg.de](mailto:sekretariat.meyer@jurs.uni-heidelberg.de)) zu schicken. Die Anmeldung sollte neben den Wunschthemen folgende Angaben enthalten: Name, Vorname, Matrikelnummer, Semesterzahl, Semesteranschrift mit Telefonnummer und E-Mail-Adresse. Die Themen der Studienarbeiten werden separat vergeben.

Sie werden bis zum 15.9.2024 informiert werden, ob ihre Anmeldung berücksichtigt werden konnte. Für die Teilnehmer findet in der Folgewoche ein heiConf-Meeting für eine erste Orientierung statt.

## **Themen:**

1. Historische Entwicklung des Staatsschutzstrafrechts der BRD
2. Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat, § 89a StGB: strafrechtliche Begründung, verfassungsrechtliche Grenzen und europäische Vorgaben
3. Der Vereinigungsbegriff in §§ 129, 129a, 129b StGB
4. §§ 129, 129a, 129b StGB: Das Merkmal der Eingliederung und Betätigung
5. Rechtsgut der §§ 129, 129a, 129b und Bestimmung der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ im StGB

6. Vorbereitung eines hochverrätherischen Unternehmens, § 83 StGB: Begriff und Tathandlungen
7. Strafbarkeit von Terrorismusfinanzierung
8. Der Tatbestand der Volksverhetzung, § 130 StGB
9. Strafrechtliche Bekämpfung von Hassrede/Hasspostings (inkl. NetzDG)
10. Strafrechtliche Bekämpfung von verfassungsfeindlicher Propaganda (§§ 86, 86a StGB)
11. Rechtliche Probleme der Umsetzung von Richtlinie (EU) 2017/541 zur Terrorismusbekämpfung
12. Bedarf es eines besonderen Schutzes der Resilienz von Demokratie und Rechtsstaat mit strafrechtlichen Mitteln (Angriffe auf Wahlprozess, Schutz demokratischer Meinungskampf, Transparenz)?
13. Einsatz von Taskforces im Staatsschutzstrafrecht: Möglichkeiten und rechtliche Grenzen
14. Informationsaustausch im Sicherheitsrecht (inkl. Möglichkeiten und Grenzen der Integration von Informationssystemen)
15. Gemeinsame Abwehrzentren: Funktion und Rechtsgrundlage
16. Verfolgungszuständigkeit des Generalbundesanwalts
17. Die Verfolgungsermächtigung nach § 129b Abs. 1 S. 3 StGB (systematische Einordnung, politisches Instrument, Überprüfbarkeit)
18. Zulässigkeit und Reichweite von strafprozessualen Erhebungen („Vorermittlungen“)
19. Nutzbarkeit nachrichtendienstlicher Informationen bei der Strafverfolgung
20. Infiltration/Hacking/V-Leute (strafverfahrensrechtliche Möglichkeiten zur Infiltration terroristischer Vereinigungen)
21. Die Überwachungsgesamtrechnung als rechtliches Instrument zur Kontrolle staatlicher Maßnahmen im Sicherheitsrecht
22. Grund und Grenzen des Schutzes staatlicher Geheimhaltungsinteressen in Staatsschutzverfahren
23. Besonderheiten von Strafverfahren wegen Staatsschutzdelikten: Ermittlungsverfahren
24. Besonderheiten von Strafverfahren wegen Staatsschutzdelikten: Hauptverfahren